

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1967

Ausgegeben am 28. Dezember 1967

25. Stück

43. Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 19. Dezember 1967, Pr.Z. 3170, über die Aufhebung einer Bestimmung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 und einer Bestimmung der Haushaltsordnung des Magistrates der Stadt Wien durch den Verfassungsgerichtshof.

43.

Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 19. Dezember 1967, Pr.Z. 3170, über die Aufhebung einer Bestimmung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 und einer Bestimmung der Haushaltsordnung des Magistrates der Stadt Wien durch den Verfassungsgerichtshof.

Gemäß Artikel 139 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und gemäß § 60 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit dem Erkenntnis vom 8. Dezember 1967, Zl. V 32, 36/67, die Bestimmung „3. Der amtsführende Stadtrat

für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert“ des in der Gemeinderatssitzung vom 9. bis 22. Dezember 1966 (zu Pr.Zl. 2698/66) genehmigten Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 14/1967 vom 18. Feber 1967, und § 25 Abs. 3 zweiter, dritter und vierter Satz der Haushaltsordnung des Magistrates der Stadt Wien, genehmigt mit Erlaß der Magistratsdirektion (M.D. 6038/57), als gesetzwidrig aufgehoben.

(2) Diese Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1967 in Kraft.

Der Landeshauptmann:
Marek